



Protokoll der 14. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. November 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Claudia Gloor, Peter Küng, Heinz Lerf, Margrit Siegrist

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Entwicklungsplan 2010-2014 <i>://: Kenntnisnahme von EP 2010-2014 und Genehmigung BPK-Anträge.</i>	2009/67 2009/67a 2009/67b
2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Waldbaulinienpläne, Los 2 <i>://: Genehmigung Anträge.</i>	2009/63 2009/63a
3. Jahresprogramm 2010 des Stadtrates <i>://: Kenntnisnahme.</i>	2009/77
4. Bericht des Stadtrates zum überparteilichen Postulat der Bau- und Planungskommission gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen <i>://: Kenntnisnahme von stadträtlichem Bericht. ://: Keine Abschreibung Postulat</i>	2007/186 2007/186a 2007/186c
5. Fragestunde	-

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Einwohnerratsmitglieder und Gäste zur ordentlichen Einwohnerratssitzung und heisst diese willkommen.

Speziell wird das neue Ratsmitglied Enrico Kiefer als Nachfolger von Roman Zeller zu seiner ersten Einwohnerratssitzung begrüsst und dieser vom Ratspräsidenten kurz vorgestellt.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23.09.2009

Das Ratsbüro hat das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. September 2009 an der Bürositzung vom 12.11.2009 mit folgender Änderung auf Seite 298, betreffend der Mutation QP Büchelj (Vorlage Nr. 2009/73) genehmigt:

Ratspräsident Adrian Mächler: ... *Die Ausnahmebestimmung betreffend der Durchführung von zwei Lesungen an einem Sitzungstag wird immer mehr zur Regel ...*

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Entscheide der letzten Bürositzung vom 12.11.2009:

- Einwohnerrätin Margrit Siegrist (SVP) hat per 31.12.2009 ihren Rücktritt erklärt. Das Rücktrittsschreiben vom 23.09.2009 wird verlesen und ihre Leistungen werden gewürdigt. Als Nachrückender ist Herr John Brunner (SVP) bereits gewählt und bestätigt worden.
- Mit Schreiben vom 07.11.2009 hat auch Einwohnerrätin Claudia Gloor (CVP/EVP/GLP) ihren Rücktritt per Ende 2009 bekannt gegeben. Das Schreiben wird verlesen und vom Ratspräsidenten festgestellt, dass die Nachfolge von Claudia Gloor noch nicht bestimmt ist. Für ihr Engagement im Einwohnerrat wird ihr gedankt.
- Der Zirkulationsbeschluss des Büros vom 03.11.2009 betreffend Überweisung der Manor-Finanzvorlage (Vorlage Nr. 2009/73) an die Finanzkommission wurde bestätigt.
- Anstelle von Einwohnerrat Roman Zeller sind Martin Spiess (FDP) als Vizepräsident der Spezialkommission GEB (Geschäfte Einwohnergemeinde mit Bürgergemeinde) sowie Enrico Kiefer (FDP) als ordentliches Mitglied in die Spezialkommission GoR (Gemeindeordnung und Reglemente) gewählt worden.
- Die Einladungen zum Weihnachtessen vom 16.12.2009 sind den Ratsmitgliedern zugestellt worden. Die Rückmeldetalons sind dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Sitzung abzugeben. Neu werden diejenigen Mitglieder, welche im 1. Amtshalbjahr ausscheiden zum Weihnachtessen und die im 2. Halbjahr ausscheidenden Einwohnerratsmitglieder zum Amtsjahr-Schlussessen eingeladen.
- Nach der letzten Sitzung wurde gesagt, die Rednerliste sei zu schnell geschlossen worden. Das Büro nimmt dieses Anliegen ernst und wird nach dem letzten Votum noch fünf Sekunden zuwarten, bevor die Rednerliste geschlossen wird. Die Ratsmitglieder werden gebeten klar zu signalisieren, dass sie reden möchten.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, dass an der letzten Einwohnerratssitzung die Motion von Hanspeter Stoll betreffend der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2009/57) an den Stadtrat überwiesen wurde. Nach der Sitzung vom 23.09.2009 ist von den Einwohnerratsmitgliedern Michael Bischof (FDP) und Hans Brodbeck (FDP) beim Stadtrat noch ein Schreiben betreffend weiteren Sicherheitsmassnahmen an der Seltisbergerstrasse eingereicht worden. Den beiden Schreibenden kann versichert werden, dass ihre Anliegen eingeflossen sind.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, dass der Stadtrat bezüglich dem Postulat der FDP-Fraktion betreffend einer langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei (Nr. 2008/194) beschlossen hat, eine mögliche Zusammenführung und Konzentration der Polizeikräfte des Kantons sowie der Stadt zu prüfen. Am 23.10.2009 hatte eine Besprechung betreffend dem Projekt stattgefunden. Über Konkretes kann erst im Januar 2010 berichtet werden.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin berichtet, die stadträtliche Präsenz beim alljährlich stattfindenen Neuzuzüger-Empfang sei in vergangener Zeit verschiedentlich diskutiert und bemängelt worden. Sie halte fest, dass der Ablauf dieses Anlasses vom Verantwortlichen der Zunft zum Stab geändert wurde. Die Präsenz aller Stadtratsmitglieder zum Vorstellen ihrer Departemente und laufenden Projekte war nicht erwünscht und für die Rede der Stadtpräsidentin die Zeit von 7 Minuten eingeplant. Die Präsenz der Stadtpräsidentin beim Apéro wurde nicht gewünscht. Der Stadtrat wird die Vorgaben der Zunft an den Stadtrat beziehungsweise die Mitgestaltung der Zunft-Vertreter bei diesem stadträtlichen Anlass bei einem gemeinsamen Gespräch noch klären.
- Stadtrat Ruedi Reisen erklärt, die Testplanung für das neue zentrale Verwaltungszentrum des Kantons Basel-Landschaft komme in die Endphase. Am 4. Dezember 2009 wird ein abschliessender Workshop durchgeführt, der das Ziel hat, die Bewertungsgrundlagen zu einem Wettbewerb des neuen Verwaltungszentrums zu erarbeiten. In der Tendenz kann schon heute festgehalten werden, dass sich für die Anbindung an die Altstadt Liestal keine wesentlichen Nachteile aufgrund des neuen Zentrums der kantonalen Verwaltung ergeben werden. Die heutige Verwaltung wird vermutlich am bestehenden Ort verdichtet. Eine weitere Tendenz der Planung zielt auf das Areal des QP III des Bahnhofareals. Der Stadtrat und das Stadtbauamt haben im Planungs-Beurteilungsgremium ein gewichtiges Wort und die Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion ist ausgezeichnet. Um so mehr ist es für die Stadt und den Kanton befremdend, wenn sich Dritte mit einer alternativen Planung neben dem Testplanungsverfahren bei Regierungsrat Krähenbühl stark machen wollen. Der Stadtrat hat sich loyal gegenüber dem Baudirektor, dem kantonalen Hochbauamt und dem Beurteilungsgremium zugunsten des Testplanungsverfahrens ausgedrückt. Der Stadtrat fühlt sich im jetzigen Planungsprozess alleine dem Kanton und dem Einwohnerrat verpflichtet. Dass im Moment noch Anliegen von Dritten in das Verfahren eingebunden werden sollen, ist für den Stadtrat nicht opportun.
- Stadtrat Lukas Ott: Mit Bedauern hat auch der Stadtrat davon Kenntnis nehmen müssen, dass der Einwohnerratsbeschluss vom 22.04.2009 betreffend der Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen an der Gemeindeabstimmung vom 27.09.2009 abgelehnt wurde. Das Thema verdient einen zweiten Anlauf. Zwischenzeitlich wird aber im Landrat eine Änderung des Bildungsgesetzes behandelt, welche eine rechtliche Verankerung einer familienergänzenden Kinderbetreuung vorsieht. Die diesbezüglichen neuen Rahmenbedingungen würden für alle Gemeinden zur Anwendung kommen. Der politische Prozess auf kantonaler Ebene läuft. Der Stadtrat ist deshalb der Meinung, dass es keinen Sinn macht, wenn die Stadt Liestal aktuell einen zweiten Anlauf mit einem Liestaler-Modell unternehmen würde. Die neue Gesetzgebung sowie die kantonalen Rahmenbedingungen werden deshalb abgewartet.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Vreni Wunderlin | 3: Seite SP, Grüne |
| - Markus Meyer | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

Es sind keine neuen persönlichen Vorstösse eingereicht worden.

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass vom Büro keine Änderungen beantragt werden.

Nach Umfrage im Rat kann vom Vorsitzenden festgestellt werden, dass keine Änderungswünsche angebracht werden, weshalb die Geschäfte gemäss Traktandenliste behandelt werden.

120 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Entwicklungsplan 2010-2014 (Nr. 2009/67, Nr. 2009/67a, Nr. 2009/67b)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass zuerst die Fiko und dann die BPK ihren Bericht zum Entwicklungsplan 2010-2014 (EP) vorstellen werden. Das Büro schlägt vor, dass über die Anträge gemäss der BPK-Vorlage abgestimmt wird.

Markus Meyer (SVP) hält als Vizepräsident kurz die wichtigsten Punkte des Fiko-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2009/67b fest: Im Grundsatz kann die Fiko den strategischen und finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrates folgen. Mit dem Voranschlag 2010 werden einige Punkte bereits wieder überholt, da dieser ja einige Monate nach dem EP erstellen worden ist. Grosse Unsicherheiten bestehen betreffend dem neuen Finanzausgleichsgesetz und dessen Auswirkungen auf die Gemeinden. Betreffend dem Investitionsprogramm wird auf den BPK-Bericht verwiesen. Unterschiedliche Meinungen wurden in der Fiko betreffend einiger Veränderungen in den Aufwandpositionen im Vergleich des EP 2009-2013 zum EP 2010-2014 vertreten, was auch einen Einfluss auf die Schlussabstimmung zur Folge hatte. Die Fiko erwartet im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des nächsten EP, dass die Zielerreichung der Finanzstrategie seit dem Jahr 2005 aufgezeigt wird und auch ein Schuldenabbau-Mindestbetrag vorgeschlagen wird, auch wenn die Selbstfinanzierung kleiner als 2,5 Mio. Franken wäre. Dem Einwohnerrat wird mit 5 Ja- gegen 1 Nein-Stimme die Kenntnisnahme vom EP 2010-2014 beantragt.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/67a und informiert als Kommissionspräsident darüber, dass die Kommission erfreut von den Fortschritten sowie der hohen Qualität des neuen EP Kenntnis nimmt. Der EP ist ein gutes operationelles Instrument, doch fehlt der Fiko eine übergeordnete Strategie betreffend die Stadtentwicklung. Die diesbezüglich gewünschten Änderungen sind in einem Antrag der BPK formuliert und spätestens im übernächsten EP zu berücksichtigen. Die BPK beantragt zudem, dass der Stadtrat Wege aufzeigen soll, wie das Spannungsfeld zwischen Werterhaltung und Höhe der Investitionen für die Instandhaltung des Verwaltungsvermögens aufgelöst werden könnte. Mit dem dritten Antrag soll der Stadtrat Möglichkeiten aufzeigen, wie gegebenenfalls Investitionen vorgezogen werden könnten, die dank der niedrigen Zinsen und Baukosten schlussendlich auch einen Schuldenabbau begünstigen würden. Die BPK beantragt einstimmig die Annahme des EP 2010-2014.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert als Finanzchef mittels Powerpoint-Präsentation über einige Punkte betreffend dem EP 2010-2014: Die qualitativen mittelfristigen Zielsetzungen der einzelnen Bereiche sind dem Stadtrat wichtig. Er erläutert Sinn und Zweck der neuen EP-Kapitel im Zusammenhang mit dem Richtplan 95 sowie den Nachholbedarf im Zusammenhang mit der Sanierung von Schulanlagen. Stellenprozent-Erhöhungen sind nicht geplant. Bevölkerungszunahme kann in einzelnen Bereichen wie Steuerveranlagung usw. Folgen haben. Bei Projekten wie Jugendarbeit, Integration, Standort Liestal etc. sollen Dienstleistungen zugekauft werden. Als finanzstarke Gemeinde zahlt Liestal rund 1,5 Mio. Franken an den Finanzausgleich, was rund 4 Steuerprozenten entspricht. Bei einer Selbstfinanzierung von 4 Mio. Franken geht man davon aus, dass davon 2,5 Mio. für Investitionen und 1,5 Mio. für den Schuldenabbau verwendet werden. Bei einer tieferen Selbstfinanzierung würde der Schuldenabbau entsprechend geringer, wobei die unterste Grenze beziehungsweise Balance zwischen Investitionstätigkeiten und Schuldenabbau auch in der Fiko thematisiert wurde. Schätzungsweise in den Jahren 2014 und 2015 dürfte die Motion Fluri betreffend dem Schuldenabbau nach dem heutigen Ausgabenmuster erfüllt sein. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen EP wird man vertieft Vergleiche mit anderen grösseren Baselbieter-Gemeinden anstellen. In verschiedenen Kapiteln wie Aussenraumgestaltung, Verkehr, Fami-

lien/Jugend/Bildung, Sicherheit, Gewerbezone, Finanzpolitik werden Standort-Aspekte angesprochen. Das Thema Standort Liestal wird vom Stadtrat in einer breiten Ansicht betrachtet und der Einwohnerrat als Gesprächspartner in der Entscheidungsfindung mit einbezogen. Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Nicht-Genehmigung des Antrages 3.4. der BPK, da dieser in einem Widerspruch zur Motion Fluri sowie zur stadträtlichen Finanzstrategie steht.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) schlägt vor, dass am Schluss über die Anträge der BPK abgestimmt wird.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, seine Fraktion unterstütze im Grundsatz die stadträtliche Strategie. Sorge bereiten etwas aber einzelne Ausgabensteigerungen und auch die Selbstfinanzierung, die nur wegen der Mehrerträge aus dem Finanzausgleich erreicht werden kann. Auch soll nicht in Stein gemeisselt sein, dass Steuersenkungen mittelfristig nicht möglich sein sollen. Mit einer Genehmigung des Antrages Nr. 3.4. der BPK würde die bisherige Finanzstrategie geändert und eine vermehrte Investitionstätigkeit zu Ungunsten des Schuldenabbaus bezweckt. Natürlich kann die Finanzstrategie auch nur dann weiterverfolgt werden, wenn sich die Selbstfinanzierung in der Höhe von rund 4 Mio. Franken bewegt.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, der EP 2010-2014 beinhalte eine Menge an Informationen, welche auch gut dargestellt sind. Gegenüber früher scheinen die Angaben heute auch genauer und ehrlicher zu sein. Der EP zeigt auf, dass der Gemeindehaushalt immer teurer wird. Der neue Finanzausgleich bringt eine Lastenverminderung von rund 1,5 Mio. mit sich. Bereits im Vorfeld wurde im Einwohnerrat darüber diskutiert, ob dieser Betrag für eine Schuldenreduktion, eine Erhöhung von Investitionen oder für eine Steuerreduktion verwendet werden soll. Nur mit dem neuen Finanzausgleich und einer Lastenverminderung kann ab 2010 die Finanzbalance mit der geforderten Selbstfinanzierung von 4 Mio. eingehalten werden. Der EP 2010-2014 zeigt deutlich, dass ohne drastische Massnahmen keine weiteren Vorhaben getätigt werden können. Mit dem aktuellen EP dokumentiert der Stadtrat eine nachhaltige Ausgabefreudigkeit. Die geplante Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird auch Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Ein Bremsen und gar Herunterfahren der Ausgaben macht Sinn. Eine Mehrheit seiner Fraktion wird den EP 2010-2014 ablehnend zur Kenntnis nehmen. Den Anträgen 3.2. und 3.3. wird zugestimmt, hingegen wird der Antrag 3.4. abgelehnt.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, seine Fraktion finde Inhalt und Aufmachung des EP 2010-2014 sehr gut. Auch die Integration einer Standortbestimmung im EP wird begrüsst, doch fehlt leider nach wie vor ein übergeordnetes Leitbild betreffend einer langfristigen Entwicklung von Liestal. Seiner Fraktion ist es ganz besonders wichtig, dass bei den Investitionstätigkeiten insbesondere darauf geachtet wird, dass diese zu Energie-Unabhängigkeiten beitragen. Seine Fraktion wird dem EP 2010-2014 und den Anträgen der BPK zustimmen. Beim BPK-Antrag Nr. 3.4 ist er der Meinung und Auffassung, dass es wohl günstiger käme, wenn man gewisse Investitionen nicht aufsplitten, sondern gesamthaft tätigen würde. Damit würde eine bessere Flexibilität geschaffen, doch soll der Schuldenabbau nicht darunter leiden, indem man zusätzlich investieren würde.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, auch seine Fraktion habe sich intensiv mit dem EP auseinandergesetzt. Der Weg mit einer waagrechten rohrbachschen Balance und Schuldenabbau gemäss Motion Fluri soll weiterverfolgt werden. Betreffend der SP-Balance in der Vertikalen darf nicht vergessen werden, dass die jetzige Generation an Steuerzahlern und Einwohnern von Liestal keine Schuld an der früheren Schuldenlast von über 60 Mio. Franken hat. Dieser Aspekt sollte beim Erstellen des nächsten EP Rechnung getragen werden. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Steuersenkung vernünftig und möglich ist, sobald die Schulden auf 20 Mio. Franken abgebaut sind. Spätestens bei den bevorstehenden Entscheidungen betreffend dem Anschluss an den Regionverbund Hardwasser AG sowie den neuen Wasser- und Abwasserreglementen wird man den Gebührenerhöhungen die entsprechende

Beachtung schenken müssen. Entgegen der vorgängigen Aussage von Peter Furrer ist er der Meinung, dass die Umsetzung des Entwicklungsplanes im Vergleich zum Voranschlag 2010 nur geringe Abweichungen beim Zahlenmaterial aufzeigt. Betreffend dem Vergleich von Liestal zu anderen Gemeinden kann festgestellt werden, dass Liestal gar nicht so schlecht da steht. So hat Liestal ein gutes Steuersubstrat, doch leidet man immer noch unter der finanziellen Belastung der Schuldzinsen. Bei den Mittelwerten sind in einzelnen Bereichen Abweichungen festzustellen, was im Zusammenhang mit dem nächsten EP noch vertieft analysiert werden sollte. Auch sollten im nächsten EP unbedingt die dringend nötigen Schulhaussanierungen berücksichtigt werden und diese Investitionen bei allfälligen zusätzlichen Einnahmen auch vorgezogen werden. Die SP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom EP 2010-2014.

Paul Pfaff (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion findet, dass Liestal auf einem guten Weg ist. Die gesetzten Ziele betreffend einem Schuldenabbau konnten in den letzten Jahren erreicht werden. Eine Zielerreichung ist nur dann möglich, wenn sich auch alle an die Vorgaben sowie Zielsetzungen des EP halten. Betreffend den nötigen Investitionen im Zusammenhang mit den Schulhaussanierungen sollte der Stadtrat prüfen, ob bei einer Verschiebung eines Projektes nicht Investitionen zu Gunsten der Schulhaussanierungen mit einer ähnlichen Kostenstruktur getätigt werden könnten. Seine Fraktion wird vom EP 2010-2014 Kenntnis nehmen.

Hans Brodbeck (FDP) nimmt zu einzelnen Anträgen der BPK Stellung: Der Antrag 3.2. wird von der FDP-Fraktion begrüsst. Es ist wichtig, dass nebst dem EP noch ein Planungsinstrument mit längerfristigen Perspektiven erarbeitet wird. Es sollen aber keine neuen Richtpläne und Leitbilder geschaffen, sondern zuallerst eine Bestandesaufnahme betreffend den gültigen Planungsinstrumenten gemacht werden: Was wurde bereits erreicht und was ist noch pendent? Betreffend der im Leitbild 1965 erwähnten Bevölkerungsentwicklung kann festgestellt werden, dass sich die Einwohnerzahl stetig, aber schleppend entwickelt hat. Rasant ist hingegen die Anzahl neuer Arbeitsplätze gestiegen, doch generieren diese oftmals keine zusätzlichen Steuereinnahmen, da diese grösstenteils dem Bildungs- und Verwaltungsbereich zuzuordnen sind. Auch die Zahl der Zupendler nimmt stetig zu. Verschiedene Projekte wie Hanro, Cheddite usw. stehen still, und so fehlen auch Wohnungen, die den einen oder anderen Arbeitnehmer dazu bewegen könnten, an seinem Arbeitsort Liestal auch gleich seinen Wohnsitz zu nehmen. Betreffend dem BPK-Antrag 3.3. ist in seiner Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen worden. Zwingend ist, dass die Vorgaben des EP eingehalten werden. In finanzieller Hinsicht ist es wohl kaum möglich, Totalsanierungen bei Schulanlagen tätigen zu können, weshalb sich eine Etappierung der anstehenden Arbeiten aufdrängt.

Stadtrat Lukas Ott findet die Aussage von Einwohnerrat Peter Furrer betreffend der nachhaltigen Ausgabefreudigkeit des Stadtrates nicht fair. So erinnert er daran, dass die kommunalen Haushaltungen die Ausgaben von Bund und Kanton aufzufangen hatten und im Kanton Basel-Landschaft mussten die Gemeinden auch erhebliche Steuerreduktionen des Kantons in Kauf nehmen. Die Kompensation dieser Mehrausgaben und Mindereinnahmen von mehreren Millionen Franken konnte nur mit harter Arbeit des Stadtrates und seiner Departemente erreicht werden. In einem vitalen Gemeinwesen sollten aber bedarfsgerechte Reaktionen dennoch möglich sein, indem man Projekte wie beispielsweise das Schulschwimmen, den Mittagstisch-Ausbau usw. in Angriff nimmt. Manchmal habe er das Gefühl, dass es Leute gibt, die erst dann zufrieden sind, wenn sich im Gemeinwesen nichts mehr regen und bewegen würde.

Hanspeter Meyer (SVP) weist darauf hin, die BPK habe ihre Aufgabe sehr ernst genommen und sich mit Fragen betreffend der Werterhaltung verschiedener Gebäude befasst. Mit den formulierten Anträgen der BPK wird der Weg der finanzpolitischen Strategie nicht verlassen, weshalb diese zur Annahme empfohlen werden. Bezugnehmend auf das Votum von Hanspeter Stoll sei festgehalten, dass auch die heutigen Steuerzahler von früher getätigten Investitionen wie Schulhaus- und Hallenbadneubauten etc. profitieren können.

Hanspeter Zumsteg (GL) hat das Gefühl, dass der Antragstext Nr. 3.4. der BPK falsch übergeben ist. Es ist nicht die Meinung der BPK, dass man mit vorgezogenen Investitionen den Schuldenabbau begünstigen würde. Vielmehr sollten die Investitionen gesamthaft günstiger kommen.

Matthias Zimmermann (SP) stellt als BPK-Präsident fest, die BPK habe den Text des Antrages Nr. 3.4. gemäss Vorlage Nr. 2009/67a beschlossen und deshalb müsste ein allfälliger Änderungsantrag aus dem Rat gestellt werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt den Änderungsantrag betreffend der Formulierung des BPK-Antrages Nr. 3.4.: *Die BPK beantragt dem Einwohnerrat, dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, abzuklären, ob und wie beim aktuellen (niedrigen) Stand der Zinsen und bei den aktuellen (niedrigen) Baukosten vorgezogene Bauinvestitionen gesamthaft günstiger sind und dem ER entsprechende Massnahmen zu beantragen.*

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass der Stadtrat auch den neu formulierten Antrag zur Ablehnung beantragt. Die Grundidee für die Tötigung von Nettoinvestitionen in der Höhe von 2,5 Mio. Franken wird auch im Einwohnerrat unterstützt und so ist auch der Auftrag an den Stadtrat gemäss Antrag 3.4. auch nicht nötig.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

://: Auf den Antrag Nr. 3.4. der BPK gemäss Vorlage Nr. 2009/67a entfallen keine Stimmen. Der Änderungsantrag von Hanspeter Zumsteg bezüglich einer Neuformulierung des Antrages Nr. 3.4. wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

* * * * *

://: Gemäss stadträtlichem Antrag, dem Antrag der Finanzkommission sowie Antrag Nr. 3.1. der BPK wird der Entwicklungsplan 2010-2014 mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.

://: Dem Antrag Nr. 3.2. der BPK (Antrag an Einwohnerrat, dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, auf dem Hintergrund von Leitbild 90 und Richtplan 95 sowie dem einstimmig überwiesene Postulat „Professionelles Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal“ (2009/47) die strategischen Grundlagen bzw. ein Leitbild zur Entwicklung der Stadt Liestal so zu erarbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen, dass sie dem Entwicklungsplan 2012-2016 erstmals zu Grunde gelegt werden können) wird mit grossem Mehr zugestimmt.

://: Dem Antrag Nr. 3.3. der BPK (Antrag an Einwohnerrat, dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, Wege aufzuzeigen, wie das Spannungsfeld zwischen Werterhaltung und Höhe der Investitionen für die Instandhaltung aller Anlagen des Verwaltungsvermögens der Stadt (Hoch-/Tiefbau) mittelfristig aufgelöst bzw. die Schere geschlossen werden kann) wird mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zugestimmt.

://: Dem Antrag Nr. 3.4. der BPK in der geänderten Fassung von Hanspeter Zumsteg (Die BPK beantragt dem Einwohnerrat, dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, abzuklären, ob und wie beim aktuellen ((niedrigen)) Stand der Zinsen und bei den aktuellen ((niedrigen)) Baukosten vorgezogene Bauinvestitionen gesamthaft günstiger sind und dem ER entsprechende Massnahmen zu beantragen) wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.

121 0.01.011.01 Einwohnerrat

**2. Bericht des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Waldbaulinienpläne, Los 2 (Nr. 2009/63, Nr. 2009/63a)**

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/63a und informiert, in der Kommission habe keine der beantragten Waldbaulinien zur Diskussion gestanden, weshalb den stadträtlichen Anträgen zugestimmt werden soll.

Hans Brodbeck (FDP) informiert, seine Fraktion werde den Anträgen mit einem gewissen Murren zustimmen. Die Waldflächen wachsen ins Siedlungsgebiet hinein und alleine mit der Festlegung der neuen Waldbaulinienpläne gehen rund 10 Hektaren Land verloren. Von den Folgen der neuen Grenzabstände sowie Waldbaulinienpläne werden vor allem die künftigen Generationen betroffen sein. Mit den Waldfeststellungen werden auch Erschliessungsbauten erschwert. Der Vollzug des eidgenössischen Waldgesetzes auf kantonaler und kommunaler Ebene wird wohl auch künftig Anlass zu Diskussionen geben.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, sein Vorredner habe bereits auf verschiedene Probleme aufmerksam gemacht. Liestal ist von viel Wald umgeben und mit den Waldfeststellungsverfahren ist schon viel Bauland verloren gegangen. Es ist deshalb darauf zu achten, dass der Wald nicht weiter ins Siedlungsgebiet hineinwachsen kann. Zu demselben Thema hat er eine Frage formuliert, welche in der anschliessenden „Fragestunde“ vom Stadtrat noch zu beantworten ist. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) versteht das Murren in der FDP-Fraktion nicht ganz, hatte sich die BPK doch gleich anfangs der Waldbaulinien-Festlegungen über Grundsätzliches unterhalten. Die Grundsätze der Waldbaulinienpläne gemäss Los 1 sind auch bei der nun vorliegenden Vorlage für das Los 2 der Waldbaulinienpläne weitergeführt und angewendet worden. Ein nochmaliges Aufrollen an der heutigen Sitzung macht wenig Sinn und so wird auch die SP-Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, auch seine Fraktion stimme den Anträgen einstimmig zu.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, man habe auch im Zusammenhang mit der vergangenen Ortsplanungsrevision eingehend die Grenzabstände sowie Waldbaulinien entlang der Siedlungsgebiete diskutiert. Einer bestmöglichen Nutzung der Baulandparzellen mit unterschiedlichen Grenzabständen usw. wurde Rechnung getragen und so erstaunen ihn nun die Äusserungen des FDP-Fraktionssprechers. Betreffend dem von Hanspeter Meyer gemachten Hinweis muss seinerseits festgehalten werden, dass die Eigentümer selbst betreffend der Pflege und dem Zurückschneiden von angrenzenden Waldgebieten in der Pflicht sind.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion wird den beantragten neuen Waldbaulinienplänen zustimmen.

Hans Brodbeck (FDP) hält fest, er habe nicht die Absicht, Polemik zu machen. Tatsache ist aber, dass in früherer Zeit verschiedene Bauten mit einem Waldabstand von 20 Metern erstellt wurden, dieser Abstand zwischenzeitlich aber auf 10 Meter reduziert wurde.

://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission werden die Waldbaulinienpläne Los 2 einstimmig beschlossen sowie die in diesen Bereichen vorhandenen Wald- und Strassenbaulinien gemäss Beilage zum Planungsbericht aufgehoben respektive mutiert.

122 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Jahresprogramm 2010 des Stadtrates (Nr. 2009/77)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) orientiert, vom Büro werde kein Vorschlag betreffend der Behandlung des Jahresprogrammes 2010 (JP) unterbreitet.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, ihre Fraktion habe sich ausführlich mit dem JP befasst. Die wichtigsten Punkte können wie folgt festgehalten werden: Die Zusammenarbeit mit dem Büro ecos sowie das weitere Vorgehen betreffend den Standort-Fragen wird begrüsst. Man freue sich auf das neue Gesicht der Altstadt. Ein Positionieren im Zusammenhang mit dem Tourismus macht Sinn und so warte man gespannt auf das in Aussicht gestellte Konzept. Ihre Fraktion erwarte einen Vorschlag, bevor das Stadtpolizei-Projekt überhaupt in Angriff genommen wird. Die Ziele betreffend der Zivilschutz-Ausbildung werden begrüsst. Erfreut nimmt man von der Zertifizierung, dem geplanten Projekt „Pädagogik der Vielfalt“, dem Projekt für eine soziale und sprachliche Frühförderung sowie Zielsetzungen im Zusammenhang mit der Regionalen Musikschule Liestal im Bildungsbereich Kenntnis. Bei den im Stadtbauamt anstehenden Projektierungsarbeiten sollte berücksichtigt werden, dass die Schulanlagen nach neuesten Erkenntnissen und Techniken wie beispielsweise Minergiestandard saniert würden. Im nächsten JP erwartet man vom Stadtbauamt auch Aussagen betreffend dem Veloverkehr. Die Umsetzung der Empfehlungen des Audits 2008 bei den Sozialen Diensten wird begrüsst, doch fehlt der Hinweis, dass im Jahr 2010 wieder eine Auditierung ansteht. Man hofft, dass die verschiedenen Projekte im Jugend-Bereich auch tatsächlich realisiert werden. Grosser Unmut herrschte in ihrer Fraktion betreffend dem immer noch fehlenden Joy-Nutzungskonzept. Eine geschlechtsspezifische Jugendarbeit wird begrüsst, doch sollte diese für beide Geschlechter angeboten werden. Bei den Betrieben wurde eine positive Bewegung, insbesondere bei den Projekten Kinderspielplätze und Unterflur-Container festgestellt. Im Zusammenhang mit dem Zollschul-Neubau sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass eine Grundwassernutzung weiterhin möglich ist. Die GL-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Jahresprogramm 2010.

Regula Nebiker (SP) informiert über die inhaltlichen Hauptdiskussionspunkte ihrer Fraktion: Das geplante weitere Vorgehen betreffend der Standort-Projekte kommt in ihrer Fraktion gut an. Die Erstellung eines Gesamtkonzeptes im Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildung wird begrüsst, doch gibt es auch Konzepte für Mitarbeitende, welche nach Umstrukturierungs- und Reorganisationsmassnahmen andere Aufgaben übernehmen und umgelernt werden müssen? Betreffend die Stadtpolizei-Neuorganisation wäre ihre Fraktion froh über einen stadträtlichen Zwischenbericht zum hängigen Postulat Nr. 2008/194, damit man schlussendlich im Einwohnerrat nicht einfach über fertige Resultate in Kenntnis gesetzt wird. Stolz darf Liestal auf seine guten Schulen und die Dynamik im Bildungsbereich sein. Betreffend die Einführung familienergänzender Tagesstrukturen werden vom Kanton die Rahmenbedingungen ausgearbeitet. Ihre Fraktion hofft, dass Liestal bei der Umsetzung derselben von Anfang an dabei sein wird, hat Liestal diesbezüglich schon genügend Vorarbeiten geleistet. Hinsichtlich der verschiedenen Stadtbauamt-Projekte findet es ihre Fraktion wichtig, dass diese Projekte schlussendlich auch ziel- und plangerecht umgesetzt werden. Baustellenverzögerungen sind auch für das örtliche Gewerbe problematisch, wobei ein vermehrtes allseitiges Entgegenbringen von Geduld, Verständnis und Vernunft auch wünschenswert wäre. Eine proaktivere, wirkungsvollere und auch etwas professionellere Kommunikation im Zusammenhang mit stadteigenen Bauvorhaben wäre zu begrüssen. Der einwohnerrätliche Auftrag betreffend einer periodischen Auditierung der Sozialen Dienste müsste eigentlich gar nicht als Jahresziel definiert werden. Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Vormundchaftswesens wünscht man sich Kreativität und Mut zu Neuem. Von den konkreten Projekten in der Jugendpolitik nimmt man erfreut Kenntnis. Konkretes möchte man auch über das erwähnte Kulturkonzept erfahren. Eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und der Feuerwehr wird begrüsst. Betreffend der Revision des Parkplatzfonds-Reglementes

wünscht man noch nähere Informationen. Die geplante Stilllegung des Pumpwerkes im Gitterli müsste grundsätzlich hinterfragt und der Weiterbetrieb des Pumpwerkes überprüft werden. Vom Stadtrat könnte auch geprüft werden, ob das Jahresprogramm nicht auch in einem anderen Planungsinstrument integriert werden könnte. Ihre Fraktion wird dem JP 2010 gemäss stadträtlichem Antrag zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, einige Punkte seien von den Vorrednern bereits erwähnt worden. Man hofft, dass die Nummerierung des JP 2010 derjenigen des Amtsberichtes 2010 entsprechen werde. Begrüsst werden insbesondere die geplanten Sicherheitsmassnahmen betreffend der Kinderspielplätze sowie die Massnahmen beim Lüdinpark. Erfreulich ist auch, dass weitere Unterflurcontainer realisiert werden. Man hofft, dass die Gebühren für die Grüngut-Entsorgung keine Erhöhungen erfahren. Wichtig ist auch, dass die Sozialhilfeempfänger gemäss Medienmitteilung beim Projekt Velostation Vorrang haben. Zu folgenden Fragen wünscht man noch eine stadträtliche Antwort: Ist das Tourismuskonzept einsehbar? Kann über das Pilotprojekt Zusammenarbeit Kantonspolizei und Stadtpolizei berichtet werden? Wer ist Eigentümer des Weihers Bad Schauenburg? Weshalb werden im Haus zur Allee nicht auch geschlechtsspezifische Projekte für Knaben angeboten? Ihre Fraktion wird dem JP 2010 zustimmen.

Sabine Sutter (FDP) berichtet, einige Fragen konnten von den Stadträtinnen bereits an der Fraktionssitzung beantwortet werden. Noch offen sind folgende Fragen: Wer ist Eigentümer vom Weiher Bad Schauenburg? Was kostet die Stelle der Projektleiterin, welche während 2 Jahren ein Projekt für Mädchen im Haus zur Allee begleitet? Ihre Fraktion nimmt vom JP 2010 zustimmend Kenntnis.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert, auch seine Fraktion werde dem JP 2010 zustimmen. Zu folgenden Fragen möchte man noch eine Antwort des Stadtrates: Wie weit ist das Tourismuskonzept gediehen? Wie sieht es mit den Besitzverhältnissen beim Weiher Bad Schauenburg aus und sind auch Pflegemassnahmen beim Spinnler-Weiher geplant?

Hansrudolf Schafroth (SVP) nimmt Bezug auf die Zielsetzung „Littering“ gemäss Punkt 7.2. des JP und meint, dass sich zusätzliche Massnahmen aufdrängen, da das Einsammeln und Entsorgen von liegen gelassenem Abfall mit Steuergeldern finanziert wird. Vom Stadtrat sollten deshalb Fragen betreffend der Verantwortlichkeiten sowie möglichen Rechnungsstellungen an die Abfallsünder geprüft werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu einigen Fragen und Aussagen Stellung: Von den Streetworkern wird auch ein Präventionskonzept betreffend dem Littering umgesetzt, welches von den Jugendlichen auch sehr gut besucht wird. Das Kulturkonzept ist auf der Homepage der Stadt Liestal einsehbar. Das Tourismuskonzept existiert noch nicht und es sind lediglich die Rahmenbedingungen für eine Konzepterarbeitung definiert worden. Die im JP erwähnte Beschilderung bezieht sich lediglich auf Hinweistafeln für kommunale Gebäulichkeiten, Denkmäler etc. Die Gehaltskosten für die Projektleitung des Mädchen-Projektes im Haus zur Allee werden im Voranschlag 2010 mit rund CHF 70'000.— ausgewiesen. Betreffend der gewünschten Kreativität im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Vormundschafswesens sei festgehalten, dass vom Kanton eine Zentralisierung geplant ist, mit welcher auch die kommunalen Vormundschafsbahörden wegfallen würden.

Stadtrat Ruedi Riesen hält ergänzend fest, dass die Stadt Liestal selbst Eigentümerin des Weihers beim Bad Schauenburg ist.

://: Das Jahresprogramm 2010 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

123 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bericht des Stadtrates zum überparteilichen Postulat der Bau- und Planungskommission gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Nr. 2007/186, Nr. 2007/186a, Nr. 2007/186c)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) nimmt Bezug auf die Traktandenliste betreffend der heutigen Einwohnerratssitzung und stellt fest, dass die aufgeführte Vorlage Nr. 2007/186b nicht existent ist und der Fehler auf einer Falschnummerierung basiert. An der heutigen Sitzung wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2007/186c behandelt.

Matthias Zimmermann (SP) berichtet, er könne keine Aussage namens der Bau- und Planungskommission machen, da die stadträtliche Stellungnahme nicht in der BPK thematisiert wurde. Gegebenenfalls müsste die Vorlage Nr. 2007/186c an die BPK überwiesen und das Geschäft auf eine nächste Einwohnerratssitzung neu traktandiert werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) meint, die Vorlage solle heute im Rat beraten werden. Sollte sich eine Überweisung derselben an die BPK als notwendig erweisen, könnte dies immer noch beantragt und beschlossen werden.

Pascal Porchet (FDP) berichtet, bereits vor zwei Jahren habe die BPK realisiert, dass ein anspruchsvolles Bauprogramm auf Liestal zukommen werde. Auslöser des überparteilichen Postulates waren die gemachten Feststellungen im Zusammenhang mit der Seestrasse sowie dem Kantinenweg. Es hatte schon sehr stark irritiert, dass man vom Stadtrat zwei Jahre nach der Postulatsüberweisung nichts mehr gehört hatte. Die Problematik wurde auch im Zusammenhang mit der dringlichen Interpellation Nr. 2007/186a thematisiert. Auch in der heutigen Fragestunde musste zur Kenntnis genommen werden, dass eine fehlende Kommunikation und falsche Information der Daru-Wache etc. zu einem grösseren Verkehrsproblem führen kann. Er stellt deshalb den Antrag, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird, da weitere grössere Baustellen anstehen und das Problem immer noch nicht gelöst ist. Liestal besitzt nebst einem „Bau-Mann“ nun auch noch einen Innenstadtkoordinator und erfahrungsgemäss macht es seines Erachtens Sinn, dass nur eine Ansprechperson das Sagen hat. Auch Instrumente sind genügend vorhanden, so könnten doch beispielsweise Auflagen im Zusammenhang mit den Arbeitsvergaben gemacht sowie flankierende und ergänzende Massnahmen in die Wege geleitet werden. Nach der Behandlung der dringlichen Interpellation sind nun doch erfreulicherweise Hinweistafeln betreffend der öffentlichen Parkplätze montiert worden. Weitere Verbesserungen sind nötig und auch möglich, weshalb das Postulat vorderhand noch nicht abgeschrieben werden soll.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, auch seine Fraktion spricht sich gegen eine Abschreibung des Postulates aus. Feedbacks aus der Bevölkerung an die Einwohnerratsmitglieder zeigen, dass nach wie vor immer noch zu viele Fehler im Zusammenhang mit den Baustellen passieren. So sollten beispielsweise auch Fremde bei der Durchfahrt durch Liestal frühzeitig mit grossen Plakaten auf Verkehrsbehinderungen wegen Baustellen aufmerksam gemacht werden.

Paul Pfaff (SVP) führt aus, dass unbedingt flankierende Massnahmen im Zusammenhang mit den Ausschreibungen zu treffen sind. So kann es nicht sein, dass er bei den Bauarbeiten in der Kanonengasse oftmals nur drei Arbeiter antreffen konnte. Mit der Arbeitsvergabe könnten beispielsweise Auflagen betreffend der Mindest-Anzahl an präsenten Arbeitern auf der Baustelle sowie Terminvorgaben gemacht werden. Die Bauarbeiten in der Kanonengasse hätten wohl in der halben Bauzeit abgeschlossen werden können.

Elisabeth Spiess (GL) kann nach eigenen Feststellungen sowie gemachten Erfahrungen festhalten, dass mit den Bauarbeiten in der Kanonengasse um 07.00 Uhr begonnen wurde und diese teilweise über den Feierabend hinaus fortgeführt wurden. Ihre Fraktion wird ebenfalls den stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates nicht unterstützen. Der doch recht spät eingetroffene Bericht des Stadtrates enttäuscht, sind doch vor allem die Chancen für verbesserte Kommunikationsmassnahmen verpasst worden. Die Kommunikation mit dem Gewerbe muss zwingend verbessert werden. Auch die Absprache zwischen den zuständigen Departementen muss besser werden und die Koordination müsste zur Chefsache werden.

Matthias Zimmermann (SP) dankt Pascal Porchet dafür, dass dieser betreffend der stadträtlichen Postulatsbeantwortung Druck aufgesetzt hatte. Der Einwohnerrat hat viele bauliche Massnahmen beschlossen, die Folgen von grösseren Bauarbeiten sind oftmals unbequem und deshalb müsste auch vermehrt das Verständnis geweckt werden. Die Dauer von 2 Jahren für die Postulatsbeantwortung ist schlichtweg zu lange. Und leider treffen die stadträtlichen Antworten praktisch auch nicht das Thema des politischen Vorstosses, mit welchem zusätzliche Kommunikationsmassnahmen in Form einer professionelle Sympathie-, Motivations- und Attraktivitätskampagne in Liestal und Umgebung verlangt wurde. Im Vorstoss wurde auch angemerkt, dass Verbesserungsmaßnahmen durchaus etwas kosten dürfen. Man weiss, dass die Kommunikation zwischen dem Stadtrat und dem Gewerbe gestört ist. Zur Zielerreichung müssten aber Gespräche zwischen den Beiden miteinander möglich sein und die Zusammenarbeit aller Beteiligten muss dringend verbessert werden. Es braucht eine Intervention, ein Coaching und eine Mediation, damit dieser Konflikt abgebaut und die anstehenden Probleme gelöst werden können. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis nehmen, spricht sich aber auch gegen eine Abschreibung des Postulates aus.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, man habe primär ein psychologisches Problem, und vielleicht müsste vom Stadtrat in der einen oder anderen Situation etwas mehr Fingerspitzengefühl gezeigt werden. Seine Fraktion spricht sich gegen eine Postulatsabschreibung aus.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, zum Postulat selbst werde die Stadtpräsidentin noch Stellung nehmen. Betreffend dem Votum von Paul Pfaff möchte er doch klarstellen, dass wegen dem ganzen Durcheinander von verschiedenen Werkleitungen ein Arbeiten mit mehr als drei Bauarbeitern während mehreren Tagen oftmals gar nicht möglich gewesen wäre. Ein gestaffeltes Arbeiten von Spezialisten der IWB, der EBL usw. war teilweise unumgänglich und nötig. Bezüglich dem Votum von Pascal Porchet sei festgehalten, dass auch vom Stadtbauamt Profis im Zusammenhang mit der Ausschreibung und Vergabe sowie organisatorischen und terminlichen Fragen von Bauarbeiten beigezogen werden. Eine bessere Kommunikation ist aber sicher möglich und verbesserungsfähig.

Stadtpräsidentin Regula Gysin gesteht zu, dass die Antwort betreffend dem Postulat zu lange gedauert hatte. Das Postulat hatte so viele Diskussionen ausgelöst, dass beispielsweise alleine die Klärung der Zuständigkeitsfrage länger als üblich dauerte. Der Stadtrat schafft die Rahmenbedingungen für die Baustellen, Standortfragen usw. Wie bereits heute schon erwähnt wurde, ist der Einwohnerrat diesbezüglich der Ansprechpartner des Stadtrates. Zur Lösungsfindung ist der Stadtrat aber offen, auch andere Meinungen einzuholen. Das Postulat ist nach längerer Zeit in der Standortkommission behandelt worden und nach der KMU-Gründung hatte man betreffend dem Vorstoss auch den KMU-Vorstand kontaktiert. In der Standortkommission waren ursprünglich drei Stadtratsmitglieder vertreten, doch heute ist leider nur noch die Stadtpräsidentin in dieser Kommission vertreten. Die Diskussion und der Inhalt der Gespräche führten leider nicht zum erhofften Erfolg und auch die Gesprächskultur erreichte die Grenze des Erträglichen und Zumutbaren. Leider gingen die Themen auch nie über die Parkplatzdiskussionen hinaus, so dass auch nie mögliche Verbesserungen für eine Standortförderung von Liestal thematisiert werden konnten. Vor gut einem Monat wurde die

stadträtliche Standortkommission sisiert. Der Innenstadtkoordinator Peter Küng ist vom Stadtrat auf Vorschlag des damaligen Gewerbervereins und der IGOL gewählt worden. Es wird ein regelmässiger Kontakt zwischen der Stadt und dem Innenstadtkoordinator gepflegt. Zwischen dem Innenstadtkoordinator und dem KMU-Vorstand besteht kein offizieller Kontakt. Betreffend dem heute angesprochenen „Bau-Mann“ sind situationsbezogene Veränderungen und Verbesserungen nötig, da dieser beispielsweise nicht alleinige Ansprechpersonen für alle Baustellen von Liestal sein kann. Für eine Standortförderung von Liestal benötigt es künftig konstruktive Gespräche, deren Inhalt nicht nur die Parkplatzproblematik von Liestal ist. Bei einem kürzlichen gemeinsamen Gespräch zwischen dem KMU-Vorstand und der Stadt wurden kurz-, mittel- und langfristige Arbeitsgruppen gebildet, in welcher KMU-Delegierte sowie Bereichsleitende der städtischen Departemente Einsitz nehmen. Mit Freude kann sie heute die Mitteilung machen, dass von der einen Arbeitsgruppe im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft bereits Vorschläge gemacht worden sind, welche vom Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung gutgeheissen wurden: Plakataktion „Weihnachtszeit – Stedtlizeit“, Öffnen der Poststrasse, Aufstellen von grossen Weihnachtsbäumen, Parkplatz-Hinweistafeln, Parkplatz-Flyer mit eingezeichneten Parkplätzen im Stedtli für Auflegen in den Läden, Einsatz von Verkehrskadetten während Sonntagsverkäufen sowie Weihnachtsmarkt. An den verschiedenen Aktionen beteiligt sich die Stadt mit einem finanziellen Beitrag von rund 4000 Franken hälftig an den Kosten. Zudem wurden für die Weihnachtszeit zusätzliche Parkplätze an verschiedenen Standorten im Stedtli geschaffen. Abschliessend sei an dieser Stelle nochmals festgehalten, dass auch Stadtratsmitglieder nur Menschen sind, die ihre Grenzen haben. Und nur bei gegenseitigem Respekt und der richtigen Wortwahl ist es möglich, dass man zu weiteren Lösungsfindungen kommt.

Franz Kaufmann (SP) findet, dass die Aussagen der Stadtpräsidentin doch recht bewegend waren. Es würde ihn schon noch interessieren, was beispielsweise das anwesende Einwohnerratsmitglied Michael Bischof in seiner Funktion als KMU-Vizepräsident zum einen oder anderen Punkt meint.

Michael Bischof (FDP) berichtet, er sei nicht KMU-Vizepräsident. Zum Geschäfte wollte er aber sowieso noch einige Punkte festhalten. Die zum Teil als rüde empfundene Sprache ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten in der Kanonengasse kann er aber auch über Positives berichten. So ist beispielsweise der Polier auf Einzelanliegen von Ladenbesitzer eingegangen, indem man übers Wochenende provisorische Parkplätze geschaffen hatte usw. Und auch das Gesuch betreffend der KMU-Plakataktion ist vom Stadtverwalter ganz unbürokratisch und flexibel innerhalb eines halben Tages behandelt worden. Verursacherin der Bauarbeiten ist die Stadt und somit hätte die Plakataktion auch von dieser finanziert werden müssen. Wie bereits von der Stadtpräsidentin erwähnt, zeichnen sich weitere konstruktive Lösungsfindungen ab, aber dennoch sollte das Postulat im heutigen Zeitpunkt noch nicht abgeschrieben werden.

Matthias Zimmermann (SP) empfiehlt, die Perspektiven zu öffnen und sich nicht nur alleine den Parkplatzfragen zu widmen. So gibt es Kundinnen und Kunden von Liestaler-Läden, welche nicht in Liestal wohnen. Es gibt aber auch eine Kundschaft, welche unmotorisiert ihre Einkäufe im Stedtli erledigt.

://: Die stadträtliche Antwort zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2007/186c wird einstimmig bei einer Enthaltung zur Kenntnis genommen.

://: Der stadträtliche Antrag betreffend der Abschreibung des Postulates Nr. 2007/186 wird einstimmig abgelehnt.

124 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Fragestunde

Ratspräsident Adrian Mächler informiert, die an der Einwohnerratssitzung vom 26.08.2009 gestellte Frage von Meret Kaufmann (GL) wird von der Stadtpräsidentin an der heutigen Sitzung beantwortet.

Frage: Am 18. September findet im Baselbiet die 4 Juginight statt. In den Jugendtreffs ist Tag der offenen Tür und ein Shuttlebus verkehrt zwischen den Jugis, damit diese besucht werden können. Warum macht das Jugendhaus Joy in Liestal nicht mit?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Joy wird vom Verein für offene Jugendarbeit Baselland und offenen Jugendarbeit der Stiftung Jugendsozialwerk betrieben. Der Leiter des Jugendhauses Joy hatte betreffend der Juginight 2009 die nötigen Informationen nicht erhalten, doch wird man beim nächsten Juginight-Anlass auch mitmachen.

1. Frage / Erika Eichenberger (GL): Die Stadt Liestal hat am 19. Februar 2008 die Aktion 100jetzt! gestartet. Dabei geht es darum, möglichst vielen Hausbesitzern die Möglichkeit zu bieten, eine Solaranlage zu günstigen Konditionen auf ihrem Dach bauen zu können. Wie sieht die Zwischenbilanz aus für Liestal? Was ist allenfalls noch zu tun, damit das Ziel bald erreicht werden kann?

Stadtrat Ruedi Riesen: Es sind 126 Anfragen eingegangen und bereits 123 Beratungen erfolgt. 57 Projekte wurden nicht weiterverfolgt. 16 Projekte sind bereits abgeschlossen, wobei 50 Projekte noch in der Planung sind. Das Interesse an Solaranlagen liegt weit über den Erwartungen. Die Realisierung dieser Bauten dürften Investitionen von rund 1 Mio. Franken auslösen. Leider ist die Informationsveranstaltung von letzter Woche nicht so gut besucht worden.

2. Frage / Andreas Lirgg (SVP): Warum wurde in den letzten 3 Stellenausschreibungen der Stadt Liestal im Oktober und November kein Vermerk betreffend des Feuerwehrdienstes getätigt? Das heisst, weshalb wurde nirgendwo aufgeführt, dass die Bereitschaft zur Leistung von Feuerwehrdienst Bedingung oder zumindest wünschenswert sei?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Stelleninserate werden so knapp wie möglich abgefasst. Weitere Abklärungen betreffend Feuerwehrdienst-Leistungen werden im Rahmen des Bewerbungsverfahrens und im persönlichen Gespräch getroffen. Vor kurzer Zeit ist ein neuer Mitarbeiter der Betriebe angestellt worden, welcher bereits in der Stützpunktfeuerwehr Liestal Dienst leistet.

3. Frage / Beat Gränicher (SVP): Zurzeit wird das Museum am Zeughausplatz modernisiert. Laut Infos aus dem Landrat wird der Brunnen verschoben und es fallen einige Parkplätze weg. Können wir diese Informationen ernst nehmen oder hat das Wort unseres Bauchefs noch Gültigkeit?

Stadtrat Ruedi Riesen: Er muss beim Fragesteller nachfragen, betreffend welchem Wort des Bauchefs er gemeint sei.

Beat Gränicher: Stadtrat Ruedi Riesen hatte früher im Einwohnerrat erklärt, dass ohne den Einwohnerrat keine Veränderungen beim Zeughausplatz vorgenommen werden.

Stadtrat Ruedi Riesen: Bezüglich der Gestaltung um das Museum herum laufen die Verhandlungen zwischen Kanton und Stadt noch immer. Diesbezüglich hatte er schon im Zusammenhang mit einem stadträtlichen Zwischenbericht zu einem Postulat informiert. Einig ist man sich bereits über eine Verschiebung des Brunnens näher an die Fassade, womit der Zeughausplatz eine grössere Fläche erhält. Am nächsten Freitag findet eine weitere Sitzung mit dem Kanton statt, bei welcher die Platzgestaltung thematisiert wird. Der in einem früheren Voranschlag eingestellte Betrag von rund CHF 80'000.— muss nicht beansprucht werden, da der Kanton für die Kosten der Platz-Neugestaltung aufkommen wird. Für die 3 wegfallenden Parkplätze beim Zeughausplatz wird der Kanton 3 Ersatz-Parkplätze abtreten, wobei deren Standort noch nicht definiert ist.

4. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP): In den nächsten Jahren müssen die Besitzer der Schrebergärten im Chaibacker / Heidenlochquartier ihren Garten aufgeben, da das Land umgezont wird. Das Gebiet soll überbaut werden. Wird sich der Stadtrat engagieren, für die ca. 50 Besitzer dieser Gärten einen anderen Standort zu finden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Im Zusammenhang mit dem Landschaftsentwicklungskonzept beziehungsweise der Revision der Zonenvorschriften Landschaft wird man diesbezüglich nach Lösungen suchen.

5. Frage / Hanspeter Meyer (SVP): Im Gebiet Munzach/Goldbrunnen hat der Kanton in den letzten Jahren grosse Flächen von Bäumen und Sträuchern gepflanzt. Da die Gefahr gross ist, dass – wie andere Beispiele an der Erzenbergstrasse zeigen – dieses Gebiet plötzlich als Wald deklariert werden, frage ich den Stadtrat, ob er bereit ist, beim Kanton zu intervenieren, damit die „Vernichtung“ von weiterem Bauland im Siedlungsgebiet verhindert wird?

Stadtrat Ruedi Riesen: Im Siedlungsgebiet ist die Waldfeststellung abgeschlossen, so dass auch durch das Wachsen von Bäumen kein zusätzlicher rechtlich relevanter Wald entstehen kann. Das vom Fragesteller erwähnte Gebiet ist ihm im Moment nicht gerade präsent, doch wird das Stadtbauamt den Sachverhalt noch prüfen.

6. Frage / Hanspeter Meyer (SVP): An diversen Orten – insbesondere bei der Gestadeck-Kreuzung – werden die Lichtsignale und Fussgängerstreifen oft durch Bäume und Sträucher beeinträchtigt, was sich als äusserst gefährlich für die Verkehrsteilnehmer auswirken kann. Ist der Stadtrat bereit, zu überprüfen, wo Massnahmen zu ergreifen sind, damit diese Beeinträchtigungen eliminiert werden können?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Gemäss kantonalem Strassengesetz sowie dem Polizei- und Strassenreglement der Stadt Liestal ist festgelegt, dass Äste von Bäumen und Sträuchern nur in das öffentliche Strassenareal ragen dürfen, wenn über der Fahrbahn mindestens eine Höhe von 4.50 Meter und über Trottoirs und Fusswegen mindestens eine Höhe von 2.50 Meter frei bleibt. Diesem Umstand tragen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe und der Stadtpolizei Rechnung. Werden solche Situationen festgestellt, die verkehrsgefährdend sind, werden sofort Schritte eingeleitet, damit der gesetzeskonforme Zustand wieder hergestellt werden kann. Es ist aber auch Privatpersonen erlaubt solche Zustände den Betrieben oder der Stadtpolizei jederzeit zu melden.

7. Frage / Hanspeter Meyer (SVP): Die Liegenschaften Goldbrunnenstrasse 47 + 49 sind in einem katastrophalen Zustand und sicher kein Aushängeschild für die Stadt: Fassade, gesundheitsgefährdender Schimmel in gewissen Wohnungen usw. Darum auch grosser Mieterwechsel. Welche Strategie verfolgt der Stadtrat mit diesen Liegenschaften?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Mietwohnungen werden bei Mieterwechseln sanft saniert. Die Fassade sieht tatsächlich scheusslich aus, doch kann aus diesem Eindruck nicht auf den Innenausbau der Liegenschaften geschlossen werden. Eine Totalsanierung der beiden Liegenschaften ist in 4 bis 5 Jahren geplant.

8. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP): Am Sonntag, 1. November 2009, war die Kirche des reformierten Gottesdienstes fast voll besetzt. Als wir nach der Kirche, ca. 11.00 Uhr, durch die Rathausstrasse heimgingen, stellten wir fest, dass die Rathausstrasse arg verschmutzt war: Ein grosser Abfallsack lag zersaust auf der Strasse, rohe Eier lagen herum etc. Es war kein schönes Bild. Wird die Rathausstrasse am Sonntagvormittag nicht mehr gereinigt?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Rathausstrasse wird am Sonntagmorgen vor 10.00 Uhr gereinigt. Die nächste Reinigung erfolgt dann erst wieder am Montagmorgen. Ziel der Reinigung am Sonntag ist es, vor dem Kirchengang die Strassen sauber zu halten und diesbezüglich durfte man auch schon Lob entgegennehmen.

9. Frage / Pascal Porchet (FDP): Besteht für die beiden Grossanlässe UNI-Fest und Tour de Suisse ein Verkehrs- und Parkierungskonzept für den Wasserturmplatz?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Arbeiten für die beiden Grossanlässe sind am Anlaufen, dabei wird auch die Situation der Baustelle Wasserturmplatz berücksichtigt. Der Wasserturmplatz ist bei den Festaktivitäten nicht tangiert beziehungsweise als Festplatz vorgesehen.

Stadtrat Ruedi Riesen: Am heutigen Abend findet eine Informationsveranstaltung mit der Anwohnerschaft des Wasserturmplatzes betreffend den bevorstehenden Bauarbeiten beim Wasserturmplatz statt.

10. Frage / Pascal Porchet (FDP): Müssen die Bauarbeiten Rosengasse im Jahre 2010 ausgeführt werden, in Anbetracht dessen, dass das Kantonsmuseum und der Wasserturmplatz ebenfalls zur Baustelle werden? Kann gegebenenfalls das eine Bauprojekt spontan zurückgestellt werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Das Stadtbauamt sieht keine Verknüpfung zwischen den Baustellen Kantonsmuseum und Wasserturmplatz. Fragen betreffend die Verkehrsführung usw. im Zusammenhang mit den Rosengasse-Sanierungsarbeiten sowie den Bauarbeiten beim Kantonsmuseum werden noch mit dem Kanton geklärt und das Nötige veranlasst.

11. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP): Die Zufahrtsstrassen sind infolge Sanierung der Kreuzung Rosenmund an einem Samstag vor ca. drei Wochen abgesperrt worden. Die Büchelstrasse wurde ganz oben bereits gesperrt, obwohl eine Weiterfahrt Richtung Rumpel oder unterhalb Rumpel Richtung Ziegelhof möglich gewesen wäre. Es gab einen erheblichen Autostau. Wer ist für solche Umleitungen zuständig und wird nach Möglichkeit nicht versucht, optimale Umfahrungen zu signalisieren?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Am Samstag, 31.10.2009 wurden an der Gestadeckkreuzung/Büchelstrasse dringende Belagsarbeiten durchgeführt. Vorgängig wurde unter der Leitung der Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit den Betrieben, der Autobus AG und der Daruwache ein Verkehrskonzept erarbeitet welches in erster Priorität vorsah, dass die Zufahrt zum Zentrum via Büchelstrasse, Neuweg/Rumpel jederzeit möglich ist. Durch interne Probleme wurden die Mitarbeiter der Daruwache nicht vollständig instruiert und es kam zu Missverständnissen, welche durch die Stadtpolizei anlässlich von Kontrollen zum Teil behoben aber nicht ganz eliminiert werden konnten. Es wurde aus den Fehlern gelernt und diese sollten nicht mehr passieren.

12. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP): Das Jubiläum „550 Jahre Uni Basel“ findet in ca. 6 Monaten im 2010 statt. Im Rahmenprogramm ist lediglich der Start erwähnt. Die Kosten sind budgetiert. Gibt es hier nähere Informationen betreffend Organisation, Ablauf, Programm etc.? Wird der Einwohnerrat informiert?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Stadt Liestal ist im OK vertreten. Es ist ein Anlass der Uni sowie beider Kantone. Im Voranschlag 2010 sind nur die von der Stadt Liestal zu erbringenden Dienstleistungen budgetiert. Geplant ist ein Markt des Wissens am Samstag und Sonntag, wobei der Standort noch nicht definiert und festgelegt ist. Es wird ein Openair organisiert. Ferner ist ein Jugendanlass sowie ein Sonntagsbrunch vorgesehen. Der Einwohnerrat wird zur gegebenen Zeit noch genauer informiert.

13. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Im Sommer war in der Presse zu lesen, dass in der Stadt Winterthur arbeitsfähige Antragsteller für Sozialhilfe vor Aufnahme ins Sozialhilfesystem zu einem einmonatigen Arbeitseinsatz verpflichtet werden. Welche Möglichkeiten gibt es in Liestal, temporäre Arbeitsplätze für Sozialhilfeabhängige anzubieten?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Winterthur-Modell ist bekannt und entspricht im Kanton BL nicht dem Sozialhilfegesetz. In Liestal wird eine berufliche Integration wie beispielsweise beim Projekt Velostation angeboten.

14. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Im Frühjahr 2009 wurde im Liestal Aktuell die Sanierung der Kanonengasse publiziert, wie bei den übrigen Strassenbauvorhaben leider ungenau und irreführend. Wann soll der obere Teil der Kanonengasse saniert werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Ihm ist nicht bewusst, was im erwähnten Artikel irreführend sein soll. Unter anderem wurde auch über die Etappierung der Bauarbeiten an einer Informationsveranstaltung mit der Anwohnerschaft informiert. Die Vorwürfe an das Stadtbauamt sowie an die beauftragten Firmen werden nicht verstanden. Die Termine im Zusammenhang mit der Strassensanierung wurden immer klar kommuniziert und auch eingehalten. Die zweite Baustufe kann erst nach dem Einziehen der Fernwärme-Zuleitungen in den Manor-Neubau in Angriff genommen werden. Dies dürfte schätzungsweise im Jahr 2011 der Fall sein.

15. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Im Liestal Aktuell werden die EinwohnerInnen aufgefordert, Äste und Sträucher, welche das Licht von Strassenlampen abschirmen, auf gute Sicht zurück zu schneiden. Wer ist für das Zurückschneiden von Ästen und Sträuchern an Bachufern, namentlich an der Ergolz, zuständig?

Stadträtin Marion Schafroth: Zuständig für das Zurückschneiden der Bäume/Sträucher entlang der Bachläufe sind entweder die Eigentümer oder die Stadt. Meldungen zu diesem Thema und konkreten Projekten sowie Fällen nehmen die Betriebe gerne entgegen.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann